

Zusammenfassung der Studie

Rivalitäten und Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten in Nahost

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)

Berlin 2010, 252 S.

(Projektleitung/Hrsg. Sigrid Faath)

Die Ausgangslage

Nach dem Sturz des Regimes von Saddam Husain im Irak 2003 kehrten sich die politischen Verhältnisse um. Die sunnitische Minderheit verlor die Macht an die schiitische Bevölkerungsmehrheit des Irak. Bereits im Dezember 2004 zeigte sich der jordanische König besorgt über den zunehmenden schiitischen Einfluss im Nahen Osten. Diese Besorgnis steigerte sich, als nach der Wahl Ahmadinejads zum neuen iranischen Präsidenten 2005 das außenpolitische Auftreten des schiitischen Iran im Nahen Osten deutlich aggressiver wurde. Die nahöstlichen Regierungen befürchten, dass Iran zur Ausweitung seines Einflusses die schiitischen Bevölkerungsgruppen in nahöstlichen Staaten instrumentalisiert. Die iranischen Nuklearambitionen verstärken die Fixierung der Golfstaaten auf Iran als „Gefahr“ für die Stabilität der Region. In diesem Gefahrenszenario wird der konfessionelle Unterschied von (sunnitischen) Staatsoberhäuptern und von Repräsentanten des sunnitischen (vor allem des saudisch-wahhabitischen) religiösen Bereichs herausgestrichen.

Die anti-iranische, anti-schiitische Rhetorik wird schließlich durch sunnitische Prediger mit klassischer theologischer Ausbildung, die durch Auftritte im Satellitenfernsehen und im Internet transnational Einfluss nehmen, verbreitet. Anti-schiitische Positionen werden zudem von selbsternannten Deutern der Religion und der religiösen Normen ohne theologische Ausbildung, wie sie die islamistischen bewaffneten Gruppen hervorbringen, neu belebt. Sie alle knüpfen an histo-

rische, bis in die Frühzeit des Islam zurückreichende Erfahrungen der Rivalität und Gegnerschaft zwischen Sunniten und Schiiten an.

Das konfessionelle Element (Sunniten vs. Schiiten) spielt somit seit dem Irakkrieg 2003 nicht nur im Irak, sondern in allen nahöstlichen Staaten eine große Rolle und beeinflusst die gegenseitige Wahrnehmung beider Konfessionen. Selbst in den Maghrebstaaten, die keine oder kaum nennenswerte schiitische Gemeinden haben, wurde das „schiitische Erwachen“ mit Besorgnis registriert. Die Konfessionalisierung von politischen, machtpolitischen, ökonomischen und sozialen Fragen und die zunehmende Betonung gruppenspezifischer religiöser Merkmale birgt Konfliktpotential und wird deshalb als Bedrohung für die nationale und regionale Stabilität erachtet.

Das Forschungsprojekt suchte deshalb eine Antwort auf zwei zentrale Fragen:

- Wird die Konfessionalisierung von Problemlagen und Konflikten bewusst geschürt und eine Eskalation des Konflikts in Kauf genommen?
- Gibt es Ansätze, der Konfessionalisierung der Beziehungen zwischen den Bevölkerungsgruppen entgegenzuarbeiten, religiöse Feindbilder zu entschärfen und für eine nationale, Gruppen übergreifende Identität zu werben?

Als Fallbeispiele wurden die Staaten Saudi-Arabien, Bahrain und der Libanon ausgewählt, in denen größere Gemeinden von (Zwölfer-)Schiiten leben, die durch politische Forderungen ins nationale Rampenlicht geraten sind und durch ihre spezifische religiöse Identität die innenpolitischen Auseinandersetzungen konfessionalisierten. Die schiitischen Gemeinschaften in Saudi-Arabien, Bahrain und Libanon unterscheiden sich durch ihre Größe bzw. ihren Anteil an der muslimischen Gesamtbevölkerung, was ihren Status als Minderheit (Saudi-Arabien), Mehrheit (Bahrain) oder relativ gleichgewichtige konfessionelle Gemeinschaft (Libanon) bedingt. Das religiös-ethnisch-kulturelle Umfeld ist in Saudi-Arabien und Bahrain relativ homogen, im Libanon dagegen heterogen geprägt. Die jeweils dominante Interpretation des Islam ist ein weiteres Unterscheidungsmerkmal; der saudische wahhabitische Islam steht für Rigidität; in Bahrain und besonders dem multireligiösen Libanon hat sich keine derart kohärent rigide Interpretation durchgesetzt; eine gruppenspezifische Vielfalt von rigider (salafitischer) bis liberalerer Interpretation prägt das Erscheinungsbild.

Die Länderbeiträge befassen sich im Detail mit der Situation der Schiiten und ihrem Verhältnis zu den Sunniten; sie gehen auf die Träger der sunnitisch-schiitischen Kontroverse, die gegenseitige Wahrnehmung und den Stellenwert der Religion und vor allem auch Irans in dieser Kontroverse ein.

Die vier Themenbeiträge (1) zur Entstehung des Schiitentums und der Herausbildung von stereotypen Vorurteilen zwischen Sunniten und Schiiten, die Jahrhunderte überdauerten; (2) zum wechselnden Stellenwert der Religion in der iranischen Außenpolitik; (3) zu den Unterschieden der Wahrnehmung Irans bei Staatsführungen und gesellschaftlichen Gruppen in Nordafrika/Nahost und (4) zum Einsatz des schiitischen libanesischen Fernsehsenders al-Manar in der sunnitisch-schiitischen Kontroverse vertiefen einzelne Aspekte, die zum Verständnis des Wiederauflebens der religiösen Kontroverse zu Beginn des 21. Jahrhunderts beitragen. Sie verweisen auf die Bedeutung tradierter Stereotypen und die Bereitschaft der Politiker, den religiösen Unterschied je nach Interessenlage zu nutzen. Religion ist in Nahost/Nordafrika derjenige Bereich, in dem neben den offiziellen staatlichen religiösen Einrichtungen und ihren Repräsentanten/Religionsgelehrten nicht offizielle Religionsinterpreten mit extremen Ansichten und Gewaltneigung auftreten. Religion ist in Nahost/Nordafrika immer auch Politik und Politik hat sehr oft eine religiöse Komponente.

Die Ergebnisse der Studie

Die gegenwärtige sunnitisch-schiitische Konfliktkonstellation im Nahen Osten hat mehrere Dimensionen, die miteinander verschränkt sind: eine nationale politische, eine nationale religiöse, eine länderübergreifende religiöse und eine außenpolitische. Die außenpolitische Dimension hat mit Irans Streben (1) nach Einfluss und politischen Partnern in Nahost, (2) nach dem Status einer Nuklearmacht und (3) nach (weltweiter) Stärkung der Schiiten, die iranische Positionen stützen und den iranischen religiösen Einfluss sichern helfen, zu tun.

Die Instrumentalisierung religiöser Empfindungen und religiöser Unterscheidungen hat seit dem Machtzuwachs der irakischen Schiiten und der offensiver betriebenen iranischen Außen- und Nuklearpolitik unter Präsident Ahmadinejad offensichtlich Auftrieb erhalten. Mit dem wachsenden Bedrohungsempfinden nahöstlicher Staatsführungen nahm auch das Polemisieren gegen Iran und die Schiiten (als „fünfte Kolonne“ Irans) zu.

Im aktuellen sunnitisch-schiitischen Konflikt sind zwei Ebenen zu unterscheiden: die außenpolitische und die innenpolitische Ebene. Der Konflikt arabischer sunnitischer Staatsführungen und Organisationen mit Iran hat primär macht- und sicherheitspolitische Ursachen.

Die verstärkte Unterstützung schiitischer Organisationen durch die iranische Führung seit 2005 – in Verbindung mit einer messianistischen iranischen Rhetorik und der Politisierung schiitischer Gemeinschaften in nahöstlichen Staaten – hat die Bedeutung des religiösen Unterschieds zur Konstruktion und Konsolidierung des jeweiligen Feindbildes bewusst gemacht. Religiöse Argumente wirkten in Nahost/Nordafrika auch in der Vergangenheit stets massenmobilisierend und sammelnd. An diese Tradition der politischen Instrumentalisierung von Religion wird hier in der Außen- und Innenpolitik auf Seiten Irans wie auf Seiten der nahöstlichen Staatsführungen angeknüpft.

Dennoch ist die sunnitisch-schiitische Differenz nicht nur ein Instrument der Politik, um Interessen durchzusetzen oder Unterstützung zu sammeln. Für einige Staaten, Organisationen und Individuen mit fundamentalistischen religiösen Überzeugungen hat die Spaltung in Sunniten und Schiiten eine primär religiöse Dimension: Religiöse Monopolansprüche und der Anspruch einer religiösen Gruppe, den „wahren Islam“ zu vertreten, schließen einen toleranten Umgang mit abweichenden Interpretationen und Riten aus; ein Beispiel hierfür sind die wahhabitischen Positionen zur schiitischen Minderheit in Saudi-Arabien und zum Schiitentum generell.

Aus dem Monopolanspruch der religiösen Autoritäten, die ihre Interpretationshoheit verteidigen und religiösen Pluralismus ablehnen, resultiert eine grundlegende Gegnerschaft zum Schiitentum. Die religiöse Diskriminierung des Anderen ist die Folge; in der Regel begrenzt sich die Diskriminierung jedoch nicht auf den religiösen Bereich, sondern schließt Diskriminierungen im wirtschaftlichen und politischen Bereich mit ein.

Ernsthafte, systematische und von den sunnitischen Staatsführungen unterstützte Bemühungen im religiösen Bereich, die einen neuen Umgang mit religiöser Differenz im eigenen Land begründen und Vorurteile abbauen sollen, sind allerdings nicht erkennbar; eine entsprechende Modifikation der staatlichen Religionspolitiken erfolgte nicht. Das heißt, auf der religiös-theologischen und auf der gesellschaftlich-kulturellen Ebene werden nicht die sunnitisch-schiitischen Gemeinsamkeiten gefördert, sondern Trennendes betont und dagegen polemisiert.

Konfliktpotential und Entwicklungstendenzen

Drei Szenarien sind denkbar:

Szenario 1: Die sunnitisch-schiitische Differenz nimmt ab. Es findet eine Annäherung zwischen den Konfessionen statt und die rechtliche Gleichstellung schiitischer Gemeinschaften wird umgesetzt.

Szenario 2: Die sunnitisch-schiitische Differenz besteht auf dem bisherigen Niveau fort. Die Konfessionalisierung von Konflikten konsolidiert sich. Es findet keine Annäherung zwischen den Konfessionen und keine grundsätzliche rechtliche Gleichstellung statt, aber die Staatsführung setzt zur Vermeidung von Unruhen und einer Radikalisierung einige sozioökonomische und politische Forderungen der Schiiten um.

Szenario 3: Die sunnitisch-schiitische Differenz verschärft sich, nachdem die Forderungen der schiitischen Gemeinschaften weder im religiösen, politischen noch sozioökonomischen Bereich berücksichtigt wurden. Es kommt zur Radikalisierung einiger Gruppen und als Folge zu staatlicher Repression. Die Entfremdung zwischen den Konfessionen und die Konflikte, in denen Religion instrumentalisiert werden, nehmen zu. Die Gewaltbereitschaft zur Einforderung der Rechte steigt.

Die Beiträge der Studie belegen, dass *Szenario 1* unwahrscheinlich ist, weil keine grundlegenden Ansätze auf nationaler Ebene bestehen, die verschiedenen Konfliktdimensionen (religiös, politisch, wirtschaftlich) umfassend und definitiv durch entsprechende Maßnahmen zu entschärfen.

Die Wahrscheinlichkeit, dass *Szenario 2* die nächsten Jahre die sunnitisch-schiitischen Beziehungen in den untersuchten nahöstlichen Staaten bestimmt, ist hoch, weil keine Maßnahmen zum Abbau von Antagonismen und stereotypen (religiösen) Vorurteilen stattfinden und die Neigung zur Konfessionalisierung von Konflikten, in denen sich Sunniten und Schiiten gegenüberstehen, seit 2004/05 stetig zunahm. Die Staatsführungen ergriffen zwar einige Maßnahmen, um den sozioökonomischen Forderungen der Schiiten entgegenzukommen und den sozialen Frieden nicht zu gefährden; die umgesetzten Maßnahmen entsprechen aber noch längst nicht den Forderungen der Schiiten.

Aus diesem Grund ist *Szenario 3* nicht vollkommen auszuschließen. Eine Verschlechterung der sunnitisch-schiitischen Beziehungen in den nahöstlichen Staaten und eine Radikalisierung schiitischer islamistischer Organisationen ist dann zu erwarten, wenn die Erfüllung von (legitimen) Forderungen zur Veränderung des Status quo der Schiiten im religiösen, politischen und sozioökonomischen Bereich weiterhin nur rudimentär bleibt.

Die sunnitischen Staatsführungen zögern, sich sachlich mit den legitimen Forderungen ihrer schiitischen Gemeinschaften auseinanderzusetzen und auch auf religiöser Ebene einen neuen Ansatz zur Überwindung des Konkurrenzverhältnisses und der historisch begründeten gegenseitigen Ablehnung einzuleiten; mit diesem Zögern wächst jedoch die Unzufriedenheit und Ungeduld bei den schiitischen Gemeinschaften und damit die Gefahr, dass Gewalt als Mittel des Konfliktausgangs und der Interessenwahrnehmung bei einigen Akteuren als das einzig verbleibende Mittel zur Veränderung ihrer Lage gesehen wird. Der sunnitisch-schiitische Konflikt wird deswegen auch in den nächsten Jahren nichts an Brisanz und Eskalationspotential verlieren, wenn sich die Haltung der Staatsführungen gegenüber Schiiten nicht ändert und zum Abbau der Diskriminierungen führt. Halten die Diskriminierungen an, erleichtert dies Iran, sich als Unterstützer schiitischer Gruppen im Kampf um ihre Rechte in Nahost anzubieten. Diese außenpolitische Dimension des sunnitisch-schiitischen Konflikts würde allerdings unter zwei Voraussetzungen weitgehend „gegenstandslos“: Wenn die nahöstlichen Staatsführungen Maßnahmen ergreifen würden, um den Forderungen ihrer schiitischen Gemeinschaften nach Gleichbehandlung entgegen zu kommen oder wenn die iranische Führung ihr außenpolitisches Auftreten gegenüber den nahöstlichen Staaten ändert und die nachbarschaftlichen Beziehungen verbessert. Dies würde voraussetzen, dass Iran ein klares und glaubwürdiges Bekenntnis zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten nahöstlicher Staaten ablegen würde und überzeugend darlegen könnte, dass keine militärische Nutzung der Atomenergie angestrebt wird. Da weder eine Gleichstellung der Schiiten in nahöstlichen Staaten noch eine Änderung der iranischen nahöstlichen Außenpolitik erkennbar ist, wird die außenpolitische Konfliktdimension mittelfristig Bestand haben und den innenpolitischen sunnitisch-schiitischen Konflikt verschärfen.